

Viel Aktionismus, aber keine Therapie

Auf den PISA-Schock hat das Schulsystem vor allem mit verschärftem Leistungsdruck reagiert. Die evangelischen Schulen sollten besser nach eigenen Lösungen suchen

Unter ungeheurem Druck wird gegenwärtig in Deutschland das achtjährige Gymnasium eingeführt, zum Teil sehr überstürzt oder sogar rückwirkend. Das hat nichts mit den nach PISA so dringend erforderlichen pädagogischen Reformen zu tun, im Gegenteil! So, wie die Verkürzung des Gymnasiums durchgeführt wird, gefährdet sie eher die Leistungsverbesserung und verschärft noch die seit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse bekannten Probleme. Die ersten Maßnahmen nach den schlechten Ergebnissen der Vergleichsstudie TIMSS waren zusätzliche Tests, die weniger der Diagnose dienen, sondern vor allem den Lehrern und Schülern Druck machen, um bestimmte Leistungsstandards zu erreichen.

Paradoxe deutsche Bildungspolitik: Wenn die Leistungen nicht stimmen, wird die Latte einfach höher gelegt

Das Gleiche geschieht auf dem Gebiet der Fremdsprachenvermittlung: Obwohl landauf, landab Defizite im muttersprachlichen Leseverständnis beklagt werden, wird mit Macht die immer frühere Vermittlung von Fremdsprachen vorangetrieben, nicht nur in der Grundschule, sondern schon im Kindergarten. Eine wichtige Erkenntnis aus dem PISA-Schock war, dass die hohen Anforderungen der Lehrpläne in der Realität nicht erfüllt werden. Doch genau dem herkömmlichen Muster scheint man weiter folgen zu wollen: Wenn die Leistungen nicht stimmen, wird die Latte höher gelegt.

Die Anforderungen zu erhöhen, verschärft jedoch nur die frühe Auslese. Das befürchten jedenfalls viele Eltern. Und das ist genau das Thema, das in der schulpolitischen Diskussion am liebsten umgangen wird. Dass es in einem Land, in dem der soziale Ausgleich Verfassungsrang hat, nicht gelingt, den vom Elternhaus her weniger geförderten und weniger bemittelten, aber mit guten intellektuellen Fähigkeiten ausgestatteten Kindern wenigstens gleiche Chancen auf eine höhere Bildung zu verschaffen wie den Beamten- oder Akademikerkindern, ist ein Skandal. Wenn jetzt in manchen Bundesländern die Investitionsmittel des Bundes für Ganztagschulen wiederum vor allem in die Realisierung des „Turbo-Gymnasiums“ fließen, setzt das dieser Politik die Krone auf.

Der bildungspolitische Beitrag zur Integration von Migrantenkindern bleibt mangelhaft

Das zweite Skandalon im deutschen Bildungswesen, die mangelnde Integration von Migrantenkindern, findet ebenso wenig eine klare bildungspolitische Antwort. Vielfach wurden Sprachtests vor der Einschulung eingeführt, aber eine flächendeckende Sprachförderung fehlt in den meisten Bundesländern. In der Regel bleibt diese der Initiative der Kommunen oder einzelner Einrichtungen überlassen. Die Bundesländer, die sich so viel auf ihre Kulturhoheit zugute halten, verweigerten bei den Verhandlungen über das Integrationsgesetz einen eigenen Beitrag für die Sprachkurse für Einwanderer.

Gleichzeitig ist man auf Landes- und Bundesebene dabei, allgemeine Bildungsstandards zu entwickeln, deren Einhaltung regelmäßig überprüft werden soll und die als Maßstab einer jährlichen Bildungsberichterstattung gedacht sind. Die dahinter stehende aus Skandinavien stammende Idee, für einzelne Jahrgangsstufen Kompetenzen fest-

zuschreiben, zu deren Erreichung die Schulen verpflichtet werden (Output-Orientierung), scheint jedoch in Deutschland kaum eine Chance zu haben. Stattdessen setzt sich in der KMK wieder die Tendenz zur Festsetzung von Prüfungsanforderungen für die Abschlüsse der verschiedenen Schulstufen durch. Diese wurden schon in der Vergangenheit weder realisiert noch führten sie zu einer Vereinheitlichung des Leistungsstandes der Schulabgänger.

Mit Spardiktaten ist die dringend notwendige Qualitätsverbesserung nicht zu erreichen

Statt nach den niederschmetternden Ergebnissen der internationalen Vergleichsstudien und den eindringlichen Mahnungen von Fachwelt, Politik und Medien, für eine umfassende Qualitätsverbesserung des deutschen Bildungswesens zu sorgen, ist aus den meisten Ministerien nur von Sparzwängen zu hören. Die Finanzminister meinen schon, angesichts der ab 2005 rückläufigen Schülerzahlen Hunderte von Millionen aus den Bildungsetats für andere Zwecke abzweigen zu können. Von einer Umschichtung zugunsten des für den Wirtschaftsstandort Deutschland so wichtigen Bildungssektors ist in den meisten Bundesländern nichts zu merken.

Lieber wird das Bildungsthema für die populistische Profilierung der regierenden Parteien genutzt. Man klopft sich auf die Brust, weil man ein paar Punkte besser abgeschnitten hat als das Bundesland nebenan. Die Zersplitterung des deutschen Bildungswesens, die überall im Ausland nur Kopfschütteln hervorruft, soll offenbar auf die Spitze getrieben werden.

Evangelische Schulen müssen eigene Wege finden

Solange der von Exbundespräsident Roman Herzog geforderte Ruck durch das deutsche Bildungswesen auf sich warten lässt, müssen die evangelischen Schulen sehen, wie sie eigene Wege aus der Misere finden. Ein Schlüssel dazu ist sicher der Aufbau von Ganztagschulen, aber auch zum Beispiel die Gestaltung von Lehrerarbeitszeiten. Es geht darum, sichtbar zu machen, dass Schule mehr ist als Unterricht – und dafür Raum zu schaffen.

Dr. Rüdiger Baron,

*Leiter des Pädagogischen Referats I der Evangelischen
Schulstiftung Bayern und Vorsitzender der Konferenz der
Schulverbände im Arbeitskreis Evangelische Schule*

Quelle: Klasse, die Evangelische Schule 02/04

Studiengebühren belasten Familien

Familien zahlen Kürzungen des Hochschulbudgets

In einer gemeinsamen Stellungnahme haben sich die bayerischen Familienverbände klar gegen die Einführung von Studiengebühren in Bayern ausgesprochen. In der Pressemitteilung vom 28.1.2005 erklären die Vorsitzende der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Birgit Löwe, die Vorsitzende des Deutschen Familienverbandes in Bayern, Petra Nölkel und der Vorsitzende des Familienbundes der Katholiken, Dr. Johannes Schroeter, übereinstimmend ihren Unmut und ihre Sorge über die Auswirkungen der Studiengebühren auf Studierende und ihre elterlichen Familien:

„Anscheinend sollen die Studierenden und ihre Eltern jetzt die Kürzungen ausgleichen, die der Freistaat bereits im Hochschulbereich vorgenommen hat. Die meisten Studierenden sind finanziell von ihren Familien abhängig. Studiengebühren würden unweigerlich Familien zusätzlich belasten. Schon heute investieren Familien immense Summen in die nachwachsende Generation. Den Nutzen hat die ganze Gesellschaft. Eine weitere Sonderbelastung der Familien ist – gerade bei dramatisch niedrigen Geburtenraten - weder zumutbar noch gerechtfertigt. Stattdessen fordern wir eine finanziell bessere Studienförderung.“

"Wir sind strikt gegen jede Maßnahme, ein Studium finanziell noch schwieriger zu machen. Viele junge Menschen haben schon jetzt große Probleme, ihren Lebensunterhalt im Studium zu finanzieren. Wir fordern stattdessen eine elternunabhängige und existenzsichernde Studienförderung der Studierenden. Es ist eine Zumutung für junge Erwachsene, den Start ins Berufs- und Familienleben mit hohen Schulden beginnen zu sollen!"

(hn)

Wettbewerb 2005 der bayerischen Diakonie: Kinder und Jugendliche fürs Leben stärken

„Für Würde eintreten. Für Gerechtigkeit streiten.“ – Dieses Jahresthema 2005 der bayerischen Diakonie bestimmt auch unseren diesjährigen Wettbewerb“, erläutert Diakoniepräsident Dr. Ludwig Markert.

„Kinder und Jugendliche werden immer wieder als Garanten für unsere Zukunft bemüht. Doch allen

politischen Lippenbekenntnissen zum Trotz: Die Armut von Kindern und Jugendlichen wächst weiter. Je schlechter die sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, je schwieriger die wirtschaftliche Lage vieler Familien, desto größer die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche in Gewalt und Kriminalität abrutschen. Wir möchten verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen ein Leben in Würde und eine Perspektive in unserer Gesellschaft ermöglichen. Wir fordern Gerechtigkeit: Damit auch Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihres unangepassten Verhaltens benachteiligt sind, wirklich eine Zukunft haben in unserem Land.“

Zum vierten Mal schreibt die bayerische Diakonie in 2005 ihren Wettbewerb aus. Ab sofort bis zum 15. Juni dieses Jahres können sich Projektträger aus evangelischen Kirchengemeinden, Verbänden und Initiativen in Bayern beim Diakonischen Werk um die drei ausgeschriebenen Preise im Gesamtwert von 4.500 Euro bewerben. Gemeinsam mit ihren Partnern möchte die bayerische Diakonie sich mit dem diesjährigen Wettbewerb für die Kinder- und Jugendhilfe einsetzen.

In 70 stationären und teilstationären Einrichtungen, beispielsweise heilpädagogischen Tagesstätten und Familienwohngruppen, stehen ca. 3.500 Plätze zur Verfügung. Die differenzierten ambulanten Angebote reichen von intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung, Sozialpädagogischen Familienhilfen über Erziehungsbeistandschaften bis hin zu sozialer Gruppenarbeit und Trainingsmaßnahmen. Dieses breite Spektrum an Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche gilt es auch in Zukunft zu sichern.

Näheres unter: www.diakonie-bayern.de

Dr. Leonie Krüger,

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Diakonisches Werk Bayern

Informationen über Beratungsangebote Schwanger - und jetzt?

Mit dem Titel "Schwanger - und jetzt" bündelt das Diakonische Werk Bayern gemeinsam mit den Beratungsstellen von Frauen beraten e.V. die Informationsangebote der Schwangerenberatungsstellen in Bayern.

Unter www.schwanger-und-jetzt.de finden Interessierte im Internet neben Informationen über die Beratungsangebote sämtliche Beratungsstellen von Diakonie in Bayern sowie von „Frauen beraten e.V.“.

(hn)

Internetservice für Eltern

Landeserziehungsgeld online

Seit Beginn des neuen Jahres können Eltern in Bayern mit Hilfe eines elektronischen Antragsformulars das Landeserziehungsgeld über das Internet beantragen.

Die bayerische Familienministerin Christa Stewens sieht in dem Angebot für junge Familien einen weiteren Baustein auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Verwaltung: „Das Online-Verfahren macht die Eltern unabhängig von den Öffnungszeiten der Behörden und erleichtert ihnen ganz wesentlich die Antragstellung. Der Aufwand wird für sie zudem erheblich dadurch reduziert, dass sie nur noch Angaben zu den Fragen machen müssen, die auf ihren konkreten Fall zutreffen“, betonte Stewens und macht gleichzeitig auf einen Zeitgewinn für die Eltern aufmerksam: „Nachdem Online-Anträge vorrangig behandelt werden und zugleich auch die Bearbeitungszeit entscheidend verkürzt wird, erhalten die Eltern ihr Bundeserziehungsgeld - und in Zukunft auch ihr Landeserziehungsgeld - besonders schnell.“

www.lvf.bayern.de/erziehungsgeld/online-antrag.html

Elternzeitrechner

Auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bietet einen neuen Service für Eltern über das Internet an.

Am 14.2. 2005 wurde von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt ein Elternzeitrechner online geschaltet. Der Rechner erleichtert werdenden und jungen Eltern, die für sie beste Kombination von Elternzeit und Erwerbstätigkeit zu finden. Sie können damit online errechnen, welche Auswirkungen das gewählte Arbeitszeitmodell während der Elternzeit auf das Familieneinkommen hat.

Der Elternzeitrechner ist in vier Schritte unterteilt. Dabei sind Eingaben zu den maßgeblichen Einkommensdaten und zum Arbeitszeitmodell notwendig, auf deren Grundlage das voraussichtliche Nettoeinkommen ermittelt wird. Daraus wird der Erziehungsgeldanspruch ermittelt. Die Eltern erhalten schließlich eine Vergleichsübersicht zu ihrem bisherigen und ihrem voraussichtlichen Einkommen.

Alle Daten bleiben vertraulich und anonym; sie werden weder gespeichert noch weitergegeben.

Der Service findet sich auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums:

www.bmfsfj.de/Elternzeitrechner

(hn)

Familie · Eltern · Altern



EAF
BAYERN

EAF-Broschüre

Familie – Eltern – Altern

„Angesichts des Alterungsprozesses unserer Gesellschaft, der in den nächsten Jahrzehnten noch augenfälliger werden wird, scheint das Verhältnis der Generationen zunehmend aus dem Gleichgewicht zu geraten. Immer häufiger ist das Wort Generationenkonflikt, ja gar Generationenkrieg zu hören, das auf massive Befürchtungen bzgl. eines brüchigen Generationenvertrages verweist. Ohne Zweifel: die Herausforderungen durch die neue - auch geschichtlich erstmalige – zu erwartende Altersstruktur unserer Gesellschaft sind enorm. Ihnen mit Aussicht auf Erfolg zu be-

gegnen, bedarf des Handelns auf unterschiedlichen Ebenen. Ein weiterer Abbau sozialer Leistungen und eine im Wesentlichen an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Politik lassen zurzeit nicht auf notwendige zukunftsfähige Lösungen hoffen. Es gilt, das –auch im Grundgesetz verbürgte - Prinzip der Sozialstaatlichkeit aufrecht zu erhalten und verstärkt eine Kultur und Politik der Fürsorglichkeit zu entwickeln. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im November 2004 sah in dieser Frage auch Kirchengemeinden gefordert. Der deutlichere Blick des Miteinanders der Generationen vor Ort findet seinen Ausdruck in der Aussage der Synode: „Gemeindehäuser sollen sich zu ‘Häusern der Nachbarschaft und der Generationen’ entwickeln. Hier kann das tägliche Leben gemeinsam organisiert und eine Kultur der Fürsorglichkeit eingeübt werden.“ Familien selbst erfüllen im täglichen Miteinander ihren eigenen individuellen Generationenvertrag. Die Kultur der Fürsorglichkeit zeigt sich in den vielen gegenseitigen Unterstützungsformen, wie z.B. Kinder und Enkelkinder Einkäufe, Besorgungen, Haushalt für die Großeltern erledigen, (Groß-)Eltern junge Familien häufig in finanzieller Hinsicht bzw. bei der Betreuung der (Enkel-) Kinder unterstützen.

Deutlich müssen hier auch die gewaltigen Leistungen der Familien in der Pflege ihrer Angehörigen hervorgehoben werden.“ (aus dem Vorwort)

Die Broschüre ist kostenlos und kann unter folgender Adresse angefordert werden.

*Geschäftsstelle der EAF
im Diakonischen Werk Bayern
90332 Nürnberg*

Telefon (0911) 9354 –270, Fax (0911) 9354 -299

Email: info@eaf-bayern.de

oder über das Internet: www.eaf-bayern.de

(hn)

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (EAF Bayern),
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzende: Elke Beck-Flachsenberg, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht,
Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

Mitgliedsorganisationen der EAF Bayern:

Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (afa), Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Amt für Jugendarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Arbeitsgemeinschaft für Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern (AEEB), Bayerischer Landesverband Evangelischer Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder e. V., Deutscher Evangelischer Frauenbund - Landesverband Bayern e. V. (DEF), Diakonisches Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e. V., Evangelische Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter, Evangelischer Erziehungsverband in Bayern e. V. (EEV), Evangelischer Fachverband für Familienpflege, Evangelischer Fachverband für Lebensberatung, Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e. V., Evangelisch - Lutherische Gemeinde - Akademie, Evangelisches Männerwerk im Amt für Gemeindedienst in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Evangelische Schulstiftung in Bayern, Evangelische Fachhochschule Nürnberg - Fachhochschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, FrauenWerk Stein e.V. in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Freie Elternvereinigung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (FEE), Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (KDA), Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten in Bayern (LAG)